



MEDIENMITTEILUNG

Zürich, 1. Februar 2012

Zum heutigen Stadtratsbeschluss zur Wohnungspolitik

Der Verband der Zürcher Wohnbaugenossenschaften stellt erfreut fest, dass der Stadtrat den mit der Volksabstimmung vom 27. November 2011 erhaltenen Auftrag zur stärkeren Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus proaktiv angehen will.

Wir betrachten jedoch, wie schon der Gemeinderat im vergangenen Sommer, die Gründung einer weiteren öffentlich-rechtlichen Stiftung neben den bereits bestehenden Stiftungen nicht als zielführend und als wirtschaftlich nicht effizient.

Wir sind ausserdem der Meinung, dass es vor dem Entscheid über einzelne Anträge eine breite Diskussion über mögliche Massnahmen und deren Wirkungen braucht. In diese Diskussion und die daraus folgenden Instrumente müssen auch die Wohnbaugenossenschaften einbezogen werden. Denn sie sind (nebst den bereits bestehenden Stiftungen) die Partnerinnen der Stadt, wenn die in der Gemeindeordnung festgelegten langfristigen Ziele erreicht werden sollen.

Wohnbaugenossenschaften Zürich freut sich auf entsprechende Gespräche mit dem Stadtrat!

*

Für Rückfragen wenden Sie sich bitte **ab 17 Uhr** an
Peter Schmid, Präsident Wohnbaugenossenschaften Zürich, 079 508 72 59